

Resolution: Kahlschlag im sozialen Bereich stoppen!

Das Bildungs- und Teilhabe-Paket des Bundes läuft Ende des Jahres aus und nun müssen viele Arbeitnehmer*Innen im Bereich der Jugend- und Schulsozialarbeit, auch in Rheinland-Pfalz, um ihre Arbeitsplätze bangen.

Das hat weitreichende Konsequenzen für die Qualität der Jugend- und Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz. Aber auch aufsuchende Jugendsozialarbeit in Jugendzentren ist davon massiv betroffen. Wenn dort weniger Stellen vorhanden sind, werden Jugendliche nicht genügend Ansprechpartner*Innen haben. Dies wird zur Folge haben, dass sie sich ohne Orientierung und Unterstützung allein in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt behaupten müssen und laufen dabei verstärkt Gefahr sich in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu begeben.

Bisher ist die Arbeit von Jugend- und Schulsozialarbeit vielerorts honoriert worden. Politiker*Innen der Landesregierung betonten immer wieder die immense Bedeutung von Zentren und Begegnungsstätten für junge Menschen. Daher ist es umso verwunderlicher, dass das Land nun von der finanziellen Unterstützung dieser Einrichtungen absieht und darauf verzichtet Verantwortung zu übernehmen. Dabei ist das Land laut Grundgesetz dazu verpflichtet für die Gewährleistungen von Bildung aller Art finanziell aufzukommen. Dazu zählen auch Einrichtungen, die informale Bildungsformen vermitteln, wie etwa Jugendzentren, Schulsozialarbeit usw.

Doch auch auf kommunaler Ebene wird insbesondere der Jugendsozialarbeit nicht die Bedeutung beigemessen, die sie verdient. Ein Beispiel dafür kommt aus dem Kreis Ahrweiler, der im Norden von Rheinland-Pfalz liegt. Dort führt das Haus der offenen Tür (HoT) Sinzig, das als einzige Einrichtung aktive Jugendsozialarbeit betreibt, einen erbitterten Kampf um dessen Erhalt. Die dort geleistete Arbeit wird seit vielen Jahren geschätzt und von vielen Bürgerinnen und Bürgern, aber ganz besonders von Jugendlichen, getragen. Während das HoT zuvor sich noch selbstständig um Fördergelder bewerben konnte, ist diese Aufgabe an den Landkreis übergegangen, welcher der Jugendsozialarbeit skeptisch gegenübersteht. Dieser stellt sich stattdessen die Frage: Ist Jugendsozialarbeit Pflichtaufgabe der Kommunen?

Die Frage ist überflüssig, denn §13 im SGB VIII besagt, dass die Gewährleistung von Jugendsozialarbeit Aufgabe der Kreisjugendämter ist.

Parallel dazu tobt ein Streit mit dem Jobcenter, das sich darüber beklagt, dass ihre Maßnahmen von Seiten des Hauses kaum beworben worden wären. Dies hat aber mit der unterschiedlichen Arbeitsweise beider Einrichtungen zu tun. Während das Jobcenter mit Jugendlichen ab 18 Jahren sanktionsorientiert arbeitet, unterstützen Jugendsozialarbeiter freiwilligkeitsorientiert Jugendliche bei der Neustrukturierung ihres Lebens, damit gesellschaftliche Routineprozesse verinnerlicht werden. Letzteres Konzept hat sich in der Region Ahrweiler positiv bemerkbar gemacht, indem es zahlreiche Jugendliche weitere Chancen eröffnete und in sozialversicherte Tätigkeiten vermitteln konnte. Mit dem Wegfall dieser Arbeit wird die Sozialstruktur dieser Region für lange Zeit geschwächt. Vielen jungen Menschen bleibt nur noch die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigung. Dieser Sozialkahlschlag, der landes- und bundesweit stattfindet, wird die Perspektiven auf ein menschenwürdiges Leben in Deutschland in den kommenden Generationen erheblich einschränken. DIE LINKE-Rheinland-Pfalz solidarisiert sich mit dem Haus der offenen Tür Sinzig und spricht sich gegen die massive Stellenkürzung aus. Wir setzen uns für ein soziales Rheinland-Pfalz ein, das nicht jungen Menschen die Zukunft raubt!